



Foto: Stadtbibliothek Heidelberg, E 54066

Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg löste auch in Heidelberg Reaktionen aus. Am 7. Juni 1967 versammelten sich Studenten zum Schweigemarsch.

## Es sind Verletzungen geblieben

### Fragen an Klaus Engelhardt, ehemaliger Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland und badischer Landesbischof i.R.

#### Wie erlebten Sie die Unruhen um 1968?

Nach meiner Karlsruher Studentenpfarrerezeit kam ich 1966 an die Pädagogische Hochschule (PH) Heidelberg als Dozent für Evangelische Theologie und Religionspädagogik. Ich habe von Anfang an die auch an der PH beginnenden studentischen Aktionen mit Spannung, Aufmerksamkeit und Sympathie erlebt und stand damit im Kollegium nicht allein. Es war noch nicht absehbar, wohin das führen würde, aber ganz deutlich, daß ein Stillstand eingetreten war im Dialog mit der Gesellschaft jenseits der Hochschulen. Erstmals hatte ich mich in Karlsruhe mit Professoren der Technischen Hochschule an einer Demonstration beteiligt, bei der es um Fragen der Bildungsreform ging. Später spielten noch ganz andere Anliegen eine Rolle in der Bewegung, die sehr viel mehr war als nur eine Studentenbewegung.

#### Wie war die Haltung der Professoren?

Trotz der Nähe zur Universität hatten wir an der PH die Auseinandersetzung nie in dieser Schärfe und Aggressivität, auch später nicht, als es hart auf hart ging. Die Kollegen waren unterschiedlicher Meinung. Es gab Diskussionen bei Pro-

theologie gehörte an der PH in die gesellschaftswissenschaftliche Fächergruppe. Man arbeitete oft konfessions- und fächerübergreifend zusammen. Die in der Studentenpolitik engagierten Leute mieden Theologie keineswegs, sondern saßen in unseren Seminaren und Vorlesungen, weil sie der Religionsunterricht, seine Stellung an den Schulen und die in der Sache begründete innere Unabhängigkeit von einem staatlichen Lehrplan interessierte.

#### Hatten Sie engere Kontakte zu Studenten als andere Kollegen?

Das war gar nicht anders möglich. Als Rektor mußte ich mich stellen. Wenn es irgend ging, besuchte ich die studentischen Vollversammlungen, obwohl Ideologie oft bis zur Langweile traktiert wurde. Mir lag sehr daran, nie den kritischen, manchmal sehr polemischen Kontakt abbrechen zu lassen. Das wurde honoriert. Natürlich gab es böse Flugblätter, auch gegen den Rektor Engelhardt. Die Flugblattkultur wurde immer wieder zur Unkultur. Aber damit mußte ich leben. Ich war bei allem, was sie mir als liberale Aufgeschlossenheit zugestanden haben, Vertreter des Establishments und für die Radikalen ein „Scheiß-Liberaler“.

#### Wie hielten Sie es mit den Radikalen?

Ich habe auch mit den radikalsten Studentenvertretern immer Streitgespräche geführt. Wir sind uns nicht aus dem Weg gegangen. Schwierig wurde es bei Aktionen, die ich für inhuman hielt, etwa die Art, wie bei Kollegen gewaltsame „Go-ins“ veranstaltet wurden. Es tat weh zu sehen, wie Grenzen des Umgangs miteinander verletzt wurden. Das konnte nicht weiterführen, sondern gab Verletzungen, Bitterkeit, innere Resignation.

#### Welche Anliegen der Studierenden hielten Sie für berechtigt?

Das Bestreben, das Hochschulgeschehen transparenter zu machen und mitzubestimmen in Gremien, die wichtige Entscheidungen treffen, war notwendig, ebenso alles, was Partizipation am Hochschulgeschehen ermöglichte. Aber es ging um sehr viel mehr, es ging auch um große gesellschaftspolitische Fragen. Einen Anstoß gab zur Zeit der Großen Koalition die heftige Diskussion um die Notstandsgesetze. Ein Kollege, Germanist, engagiert in der CDU, sagte nach

einer Vollversammlung: „Heute hatte ich das Gefühl, wir sind als Professoren dazu da, um mit Studierenden über solche Fragen zu diskutieren.“ Das wunderte mich, weil er ihnen in der Sache heftig widersprochen hatte. Aber er spürte, da geht es um mehr als um vordergründige Ideologie, es geht um das innere Verständnis unseres Staates als Rechtsstaat. Berechtigt war, daß die Studenten gesagt haben: Was in Vietnam geschieht, kann uns nicht gleichgültig sein, wir müssen fragen, wo unsere Verflechtung ist. Das war der andere große politische Schub. Damals wurde erkannt, daß es globale Zusammenhänge gibt, und nicht nur, daß wir von dem abhängig sind, was in der Welt passiert, sondern auch, daß wir dazu beitragen. Dieses Wachwerden politischer Verantwortung fand ich gut. Studierende wandten sich damals zu Recht gegen die Ohne-mich-Haltung, die viele vom Zweiten Weltkrieg mitbrachten. Sie wollten sich aus der Verantwortung nicht herausstellen. Richtig fand ich auch das Engagement für eine basisdemokratische Grundhaltung in verschiedensten Lebensbereichen.

#### Was hielten Sie für überzogen?

Bei dem Bemühen, in den Gremien beteiligt zu sein, war die Forderung nach numerischer Gleichheit der Studierenden überzogen. Studierende haben nicht die gleiche Verantwortung wie Hochschullehrer. Studierende haben sicherlich auch bei Lehrinhalten ein gewichtiges Wort mitzureden, können aber nicht die gleiche Kompetenz für sich beanspruchen wie Fachvertreter. Gesellschaftspolitisch bestand die große Versuchung, die manches plattgewalzt hat, darin, alle Lebensbereiche nur noch unter politischem Urteil und Vorurteil zu sehen. Da ging eine Menge an Vielfalt und Lebendigkeit verloren. Manche Aktionen waren rücksichtslos. Mein Eindruck ist, daß sich hinter solchen Aktionen und persönlichem Engagement oft handfeste individualpsychologische Konflikte verbargen. Was man als großes Ziel für die Gesellschaft herausstellte, war dann dadurch motiviert, eigene Ketten abzustreifen, ob es einer der Bereiche der Sexualität oder etwas anderes war. Da war ein innerer Widerspruch.

#### Haben Sie den Eindruck, daß damals völlig überzogene Feindbilder von Pres-

Klaus Engelhardt als Rektor der Heidelberger PH im April 1971 und rechts als badischer Landesbischof Mitte der 90er Jahre.



Foto: Stadtbibliothek Heidelberg, E 9801119



Foto: privat

essoren und Dozenten. Von 1971 bis 1976 war ich dann Rektor an der PH. Das waren die unruhigsten Zeiten. Ich erlebte hautnah, was sich an den Hochschulen an Originellem, aber auch an Überzogenem tat. Auch als Rektor hatte ich immer Kontakt zur Studentenschaft.

#### Haben die kritischen Studierenden das Fach Theologie gemieden?

### se und Politik geschaffen wurden?

Ja, das war fatal. Eine unrühmliche Rolle spielte die Springerpresse, die besonders Gegenstand der Attacken und Aktivitäten der Studierenden war. Auseinandersetzungen sollten so nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Man hängt sich nur noch vordergründige Plakate an, verbindet die Studentenbewegung mit Terrorismus oder das bürgerliche Lager mit hoffnungsloser Restauration. Es gab aber auch innerhalb der sehr kritischen Studentenschaft eine ganze Reihe engagierter und intelligenter Leute, die sich um Differenzierung bemühten, ohne ihr Profil aufzugeben.

### Was hat die Bewegung gesellschaftspolitisch bewirkt?

Ich hielt diesen Aufbruch für notwendig. Er lief dann ins Leere, wenn wegen überzogener Aktionen auf studentischer und einer von Angst geprägten Reaktion auf der anderen Seite Blockaden entstanden. Vieles ist in Bewegung gekommen. Daß die Demokratie zu abgehoben sei, war der große Vorwurf: „Eure repräsentative Demokratie ist etwas Formales und nur zum Schein da. Wir fordern Basisdemokratie.“ Diese Alternative übersieht die ganz wichtigen demokratischen Grundelemente, die repräsentative Demokratie hat, wenn die Gewählten ihre Macht verantwortlich wahrnehmen. Transparenz wurde vor allem im pädagogischen Bereich gefordert. „Wir brauchen Lernziele“, war ein ganz neues Stichwort, „globale Ziele, Teilziele, einen transparenten Lernprozeß“. Deutlich zu sagen, unsere Gesellschaft sei nur aufgeklärt zukunftsfähig, wenn man sich klarmachen kann, wohin wir steuern – das halte ich für unaufgebar. Andererseits hatte die totale Politisierung des Lebens und die Beurteilung von Menschen nach ihrer politischen Stellung etwas Unheimliches. Stand jemand in diesem oder jenem Lager, dann interessierte sein eigenes Profil nicht mehr. Ein Unwort war „Charaktermaske“: „Sie sind ja ganz nett, aber Repräsentant des Establishments und damit Charaktermaske für uns.“ Mit einer toten Maske kann man viel schonungsloser umgehen als mit einem lebendigen Gesicht. Ich spürte, da werden oft individuelle Verklemmungen abgearbeitet, indem sie ins Politische verlagert werden. Das hat der Sache nicht gutgetan.

### Was bedeutete dieser gesellschaftliche Aufbruch für die Kirche?

Eine Menge. Auch die Kirche fragte: Wie können Entscheidungsvorgänge in den kirchenleitenden Gremien transparenter werden? Sie hat das Theologiestudium didaktisch überdacht. Es wurde gefragt: Wie kann Kirche, ohne ihre Sache preiszugeben, gesellschaftspolitische Verantwortung übernehmen? Nicht nur da und dort, son-

Foto: Stadtarchiv Heidelberg, H 01002



Studentenstreik an der Pädagogischen Hochschule (PH) in Heidelberg am 28. Juni 1969.

dern wie muß Verkündigung von daher geprägt sein? Das war eine enorme Herausforderung. Es gab böse Überzogenheiten, wenn etwa in Heidelberg in der Peterskirche ein Wortführer des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), Theologiestudent, im Gottesdienst sagte: „Wir wollen keine Predigt mehr. Sie ist eine autoritäre Mitteilungsform. Wir wollen die Diskussion“, und dann einer der Professoren am Altar die Kerzen ausblies, weil dies für ihn kein Gottesdienst mehr war. Da ist etwas kaputt gegangen. Manche Professoren wurden an den Kirchenkampf im Dritten Reich erinnert. Sie sagten: Was wir mit der Barmer Erklärung festhielten, daß Jesus Christus der einzige Zuspruch und Anspruch auf unser Leben ist, das wird preisgegeben, wenn nicht mehr das Wort Gottes im Mittelpunkt steht, sondern Diskussionen über das, was jede und jeder einzelne begehrt, zum Text gemacht werden. Wenn also statt des biblischen Textes der gesellschaftliche Kontext Ausgangspunkt sein soll für das, was theologisch thematisiert wird und worüber zu predigen ist. Da war wirklich eine Grenze überschritten. Trotzdem waren die Universitätsgottesdienste äußerst wichtig, weil man in der Zerstrittenheit und der tiefen Kluft, die durch die Universität ging,

versuchte, in der Kirche beisammen zu sein.

Genügt die Forderung, mehr Demokratie zu haben und dann auch kirchliches Leben und kirchliche Verfaßtheit formal zu demokratisieren, oder gibt es für die Kirche eigenes, um ihres Auftrages willen nicht mit parlamentarischer Demokratie zu verwechselndes Recht? Das ist eine der spannenden Fragen, die bis heute eine Rolle spielen.

### Begann damals ein Trend zu Austritten?

Das kann man so nicht sagen. Es gab enorm kritische und berechtigte Anfragen, es gab das Bemühen, Kirche mitzugestalten, es gab vor allem den Impuls, über den eigenen Kirchturm hinaus zu denken. Gerade viele engagierte Linke interessierten sich, wie gesagt, für Theologie und Religionsunterricht. Meine Lehrveranstaltungen wurden nie leer. Sicher, für eine ganze Reihe der Linken war es schick, aus der Kirche auszutreten. Denkt man andererseits an die schweren Auseinandersetzungen in Berlin, dann halfen in ganz kritischen Momenten Kirchenleute wie Kurt Scharf, Helmut Gollwitzer oder Heinrich Albertz weiter, so umstritten sie waren und immer noch sind. Das kann man doch nicht vergessen.

### Gab es eigentlich eine offizielle Linie der Kirchenleitung?

Ich habe davon nichts gespürt. Es gab offene Gespräche und unterschiedliche Positionen, aber keine lehramtliche offizielle Linie. Die konnte es auch nicht geben bei einer Bewegung, die quer durch alle gesellschaftlichen Guppen ging.

### Gilt Gleiches für die Pfarrerschaft?

Ich kann nicht abschätzen, wo sie in der Mehrzahl stand. Manche der Älteren erinnerten sich an das Schlechtreden der Demokratie in der Weimarer Republik und waren besorgt. Anderen, die zur Bekennenden Kirche gehört haben, war die politische Totalisierung unheimlich. Sie sagten: Wenn der gesellschaftliche Kontext, der Aufbruch, religiös überhöht und zum Heilsergebnis wird, dann haben wir eine Situation, die der gleicht, als 1933 fromme Leute Hitler als von Gott geschenkte Erhöhung auf die Bitten nach einer Erweckungsbewegung feierten. Daß manche sagten: Das können wir nicht mehr mittragen, war gewiß ein Grund für eine Reihe von Austritten. Andere aber fanden gut, wie Christen und Kirchenleute sich einmischten und mittritten.

### Also brachte es der Kirche auch Positives?

Mein Urteil werden andere bestreiten, aber die Auseinandersetzungen haben der Kirche zweifellos wichtige Impulse gebracht.

Die Fragen stellte Alexander Werner

## Die Revolte machte vor den Schulen nicht halt

### Auch Gymnasiasten protestierten gegen die umstrittenen Notstandsgesetze

Mit den Notstandsgesetzen erreichten die Studentenunruhen einen Höhepunkt. Aber auch in den Schulen regte sich Unmut, wengleich die Revolution dort nicht stattfand. Ein gutes Beispiel ist Karlsruhe.



Schülerdemo in Karlsruhe am 20. Mai 1968

Um 1968 brodelte es auf deutschen Universitäten. Die große Koalition von 1966, gesellschaftliche Stagnation, mangelnde Flexibilität des Bundestags, das Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke und die Notstandsgesetze hatten anhaltende Unruhen zur Folge. Doch nicht nur Studenten, sondern auch Schüler revoltierten gegen das Establishment.

30 Jahre sind vergangen, seit am Vormittag des 28. Mai 1968 rund 1000 Schüler aus fast allen Karlsruher Gymnasien auf dem Höhepunkt der Protestaktionen gegen die Notstandsgesetze von der früheren Wirtschaftsoberschule am Ettlinger Tor über Marktplatz und Kantgymnasium zur Universität marschierten. Trotz allerlei Gegenmaßnahmen der Schulleitung hatten sich zu früher Stunde 30 Streikwillige des Bismarckgymnasiums auf den Weg gemacht, um ihre Kameraden auf dem Helmholtz- oder Fichtegymnasium zu mobilisieren. Mancherorts hatten sich die Rektoren – etwa im Goethe-, Bismarck- oder Kantgymnasium – im Laufe des Vormittags gegen den nahenden Zug gewappnet und vorsorglich die Türen zusperrt lassen.

Als Abiturient des Jahres 1968 und Teilnehmer an dieser Demonstration erinnert sich Bürgermeister Ulrich Eidenmüller gut an die unruhige Zeit (siehe Interview, Seite 32). Eine allgemeine Auflehnung habe es damals indessen nicht gegeben. „Mir ging es um mehr Freiheit, Demokratie, Mitbestimmung, und nicht zuletzt wollte ich ernstgenommen werden“, betont er.

Daß neben vielen konservativen Lehrkräften auch Lehrer daran interessiert waren, den „Muff unter den Tälern“ abzuschütteln, betont Studiendirektor i.R. Erich Dürr. So sei die wohl notwendige Demokratisierung durchaus auch von oben gewünscht worden. Im Mädchengymnasium „Fichte“ habe es nur ein paar Aufwieglerinnen gegeben, die allerdings große Unruhe in ihre Klassen gebracht und andere mitgerissen hätten. In reinen Junggymnasien wie dem „Helmholtz“ sei es aber sicherlich „ärger zugegangen“.

An dieser Schule war 1968 Studiendirektor i.R. Erich Schillinger tätig. Die Notstandsgesetze, erinnert er sich, „haben auf den Gymnasien eine Entwicklung aktualisiert, die sich bereits zuvor angebahnt hatte und von der Studentenbewe-

gung sowie den Vietnamunruhen in Amerika beeinflusst wurde“. Tatsächlich aber habe nur eine Minderheit von Schülern daran Interesse gezeigt, wobei schwer zu sagen sei, inwieweit dieses wirklich politisch motiviert gewesen ist. „Es waren einzelne Schüler, die sich bereits mit Ideen von Marcuse oder anderen Leitfiguren beschäftigt hatten, gegen den Unterricht protestierten oder jede Form von Autorität ablehnten.“

„Daneben gab es aber auch aktive Leute von anderen Gymnasien, die versuchten die Schüler mitzuziehen“. Für viele Schüler habe eine große Demonstration sicherlich den Charakter einer Gaudi gehabt, der die Lehrer recht hilflos gegenüberstanden. Sie seien nicht in der Lage gewesen, die vormittags in Massen losziehenden Schüler aufzuhalten. Bestrafen sei unter diesen Umständen kaum denkbar gewesen. Versuche des Direktors, mit einer Diskussionsrunde am Nachmittag etwas Dampf abzulassen, habe wenig gebracht, da im Gegensatz zu Aktionen während der Schulzeit kaum jemand gekommen sei.

Alexander Werner